

Grandjean, Armelle

Die angemessene Vergütung ausübender Künstler im digitalen Zeitalter : Lösungen de lege lata und de lege ferenda unter besonderer Berücksichtigung des Musik- und Filmbereichs.
Bayreuth, 2021. - XXXII, 220 S.

Nicht zuletzt im Zuge der Corona-Pandemie erleben die bereits zuvor in einem deutlichen Aufwärtstrend befindlichen Streaming-Dienste einen weiteren enormen Aufschwung. So lässt sich beim Konsum kultureller Güter sowohl im reinen Audio- als auch im audiovisuellen Bereich eine deutliche Verlagerung auf die „digitale Bühne“ beobachten. Doch partizipieren die Künstler auch adäquat an diesen Nutzungsformen? Armelle Grandjean geht in der vorliegenden Untersuchung der Frage nach, ob die angemessene Vergütung der ausübenden Künstler im digitalen Zeitalter noch sichergestellt ist oder ob diesbezüglich weiterer Reformbedarf besteht und wie dieser am besten gedeckt werden könnte.

Das Interpretenrecht sieht mit der Regelung eines gesetzlichen Vergütungsanspruchs anstelle von Ausschließlichkeitsrechten bei der Zweitverwertung dabei ein besonderes Modell vor. Da sich Verbotsansprüche im Massengeschäft des Digitalzeitalters immer schwerer realisieren lassen, liegt die Annahme nahe, dass das Hauptanliegen der Kreativen, nämlich die Sicherstellung ihrer finanziellen Beteiligung an den Nutzungsvorgängen, durch gesetzliche Vergütungsansprüche besser gewährleistet werden kann. Dies betrifft die ausübenden Künstler auch in besonderem Maße, da ihre Rechte im Rahmen digitaler Geschäftsmodelle regelmäßig einem Verwerter übertragen worden sind. Das neue UrhDaG sieht insofern erstmals einen Direktvergütungsanspruch der Kreativen gegen Diensteanbieter vor, auch wenn sie ihre Rechte einem Dritten, also insbesondere Produzenten, eingeräumt haben.

Die Autorin gibt einen umfassenden und strukturierten Überblick über die verschiedenen rechtlichen Instrumente zur Sicherstellung der angemessenen Vergütung ausübender Künstler im Musik- und Filmbereich im digitalen Zeitalter einschließlich Lösungen *de lege ferenda* unter besonderer Berücksichtigung der jüngsten unionsrechtlichen Entwicklungen sowie ihrer Umsetzung durch den nationalen Gesetzgeber.